



Renate Geuter
Mitglied im
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe 6 - November 2013

Inhalt:

Haushalt 2014: Investitionen in Zukunft, Bildung & Soziales . . . 2
Heute schon gelacht? 2
Mittelfristige Aufgabenplanung - Wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Verbraucherschutz. . . 3
FDP-Finanzvorschläge: Ungedeckte Schecks und Phantasiezahlen 4
Endlich!: Neues Landesvergabegesetz sichert gerechte Löhne und fairen Wettbewerb 4
Für solide Staatsfinanzen und Sparkonzept 5
ÖPNV wird in Niedersachsen nachhaltig verbessert Bahnstrecke Friesoythe – Cloppenburg in enger Auswahl. . . 5
Umgang mit Wirtschaftsdünger muss unbürokratisch neu geregelt werden. 6
Grundwasser und Böden schützen – ein wirksames Düngemanagement in Niedersachsen einführen. 6
Ärztliche Versorgung gesichert – ländlicher Raum im Fokus . . 7
Meine Tätigkeiten im Landtag 7
Umbau der Förderschulen Sprache erst ab 2015. 8
CDU mogelt bei Zahlen für Kompromiss mit Rentenversicherung 8
Impressum 8

*Liebe Genossinnen und Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,*

heute erreicht euch/Sie ein Newsletter, der sich wieder schwerpunktmäßig mit dem Haushalt für das Jahr 2014 beschäftigt. Nachdem ich Ihnen/euch den Bereich Bildung aus der Mittelfristigen Finanzplanung im letzten Newsletter vorgestellt hatte, möchte ich Ihnen/euch mit diesem Newsletter die Planungen für wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Verbraucherschutz darlegen. Mit den Haushaltsberatungen gehen wir in die Endphase. Die Landtagsfraktion hat dafür sich in einer Klausurtagung intensiv mit den Inhalten auseinandergesetzt. In der Plenarsitzung im Dezember wird der Haushalt beschlossen werden.



Gerne hätten wir schon im ersten Haushalt noch mehr sozialdemokratische Aspekte eingebracht, aber die finanziellen Zwänge haben dieses verhindert. Gleichwohl bin ich der festen Überzeugung, dass es uns angesichts der Finanzsituation sehr wohl gelungen ist, einen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gestaltung unseres schönen Niedersachsens gelungen ist.

Ich wünsche euch/Ihnen viel Spaß beim informativen Lesen und freue mich, wenn ihr/Sie mich in meiner Arbeit für diesen Wahlkreis und als stellvertretende Fraktionsvorsitzende sowie haushaltspolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion unterstützt und mich insbesondere auf Themen aufmerksam macht, die nicht unbedingt in den Schlagzeilen zu finden sind, die aber ihre Berechtigung haben. Vor allem wünsche ich Ihnen/euch eine schöne Adventszeit.

Weitere Informationen über meine politische Arbeit findet ihr/finden Sie auch auf meiner Internetseite www.renate-geuter.de

*Herzliche Grüße
Eure/Ihre*

Renate Geuter

Haushalt 2014: Investitionen in Zukunft, Bildung & Soziales 120 Millionen für Abbau Sanierungsstau im Bereich Straßen und Landesliegenschaften eingeplant

Nach der Haushaltsklausur der Regierungskoalition von SPD und Bündnisgrünen hat sich die Koalition auf den ersten Rot-Grünen Haushalt geeinigt. Dazu erklären die Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Johanne Modder und Anja Piel: „Schwerpunkte sind Investitionen in die Zukunft unseres Landes, in Infrastruktur, Bildung und Soziales. Dieser Haushalt, der im Parlament im Dezember abschließend beraten und beschlossen werden soll, dokumentiert den Politik- und Paradigmenwechsel der neuen Mehrheit im Parlament und der Rot-Grünen Landesregierung.“



Johanne Modder

„Wir machen mit diesem Haushalt deutlich, dass wir die Zukunft Niedersachsens verantwortungsvoll und ausgewogen gestalten. Die Fraktionen von SPD und Grünen stellen sich ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung“, erklären die beiden Fraktionsvorsitzenden. Nachdem das Kabinett auf Antrag der Regierungskoalition am Montag ein Sondervermögen zum Abbau des Investitionsstaus bei Landesstraßen und Landesliegenschaften von 120 Millionen Euro für die nächsten vier Jahre beschlossen hat, haben sich die Fraktionen von SPD und Grünen darüber hinaus auf eine politische Liste geeinigt, die ein Volumen von 23 Millionen Euro umfasst.

„Wir halten unsere Wahlversprechen und erhöhen beispielsweise das Blindengeld für Betroffene, die älter als 25 Jahre sind, auf 300 Euro. Dafür haben wir 1,9 Millionen Euro bereit gestellt“, erklärt die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder. Vier Millionen Euro zusätzlich würden für Krankenhausinvestitionen und Strukturmaßnahmen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum aufgewendet, der Bau von Wohnheimen für Studenten wird mit 1,5 Millionen Euro zusätzlich gefördert.

„Der inklusive Aufbruch Niedersachsens wird intensiv durch vielfache Maßnahmen vorbereitet, beispielsweise mit einer Qualitätsoffensive für in-

klusive Krippen und einer wissenschaftlichen Begleitung, um die Umsetzung zu gewährleisten. Flüchtlinge, die wir in Niedersachsen willkommen heißen, werden künftig vom ersten Tag an zielgerichtete Unterstützung erhalten. Im Kampf gegen Rechtsextremismus bringen wir das Landesprogramm gegen Rechts auf den Weg“, so Anja Piel.

„Zusammen mit unserem investiven Sonderprogramm für Landesstraßen, Baumaßnahmen an Landesliegenschaften und energetischer Sanierung gelingt uns ein großer Wurf, um Niedersachsen nach Jahren des Stillstandes zukunftsfähig zu gestalten und neue Akzente für den Rot-Grünen Politikwechsel zu setzen“, sagen die Fraktionsvorsitzenden Johanne Modder und Anja Piel dazu.

Der Gesamthaushalt des Landes für 2014, der dem Niedersächsischen Landtag im Dezember zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden soll, hat ein Volumen von rund 28 Milliarden Euro. Allein 420 Millionen Euro sind von 2014 an in den nächsten Jahren für die Zukunftsoffensive Bildung vorgesehen.



http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/imperia/md/content/ltf/publikationen/t hemaimlandtag/ausgabe2013-11/til_1311_rz_web.pdf

Heute schon gelacht?

Angela Merkel kommt in den Himmel, wo sie von Petrus empfangen wird. Dann kommt sie in einen Raum mit vielen Uhren.

Fragt Angie: "Wofür sind denn die ganzen Uhren?"

Sagt Petrus: "Jede Uhr steht für eine Regierung. Und jedes Mal, wenn die Regierung eine Fehlentscheidung trifft, geht der Zeiger ein Stück vor."

"Und wo ist die deutsche Uhr? Die seh' ich hier gar nicht!"

"Die ist bei uns in der Küche, als Ventilator!"

Mittelfristige Aufgabenplanung

Wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Verbraucherschutz

Infrastrukturmaßnahmen

Verbesserung der Hinterlandanbindung der Seehäfen

Für die Jahre 2013 bis 2017 stellt Niedersachsen insgesamt 13 Mio. Euro zur Verfügung, um eine Gegenfinanzierung von Bundesmitteln für den Erhalt und die Ertüchtigung von Strecken nichtbundeseigener Eisenbahnen sicherzustellen. Das Gesetz über die Bundesförderung der Investitionen in den Ersatz der Schienenwege der öffentlichen nicht bundeseigenen Eisenbahnen im Schienengüterverkehrsnetz vom 16.5.2013 sieht eine Förderquote des Bundes in Höhe von bis zu 50 % vor. Das bestehende Gesamtkonzept zur Ertüchtigung der Schiene im überregionalen Hinterlandverkehr kann durch den Einsatz von Bundes- und Landesmitteln zu einem großen Teil schneller umgesetzt werden.

Verschiebung der Mittelanteile aus dem Entflechtungsgesetz zugunsten des ÖPNV

Niedersachsen erhöht den Anteil der jährlichen Bundesmittel nach dem Entflechtungsgesetz für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Jahr 2014 um 5 % auf knapp 55,6 Mio. EUR. Die Aufteilung der jährlichen Bundesmittel nach dem Entflechtungsgesetz von 123,507 Mio. EUR von bisher 40 % für den ÖPNV und 60 % für den kommunalen Straßenbau wird damit ab dem Jahr 2014 schrittweise so umgekehrt, dass sich die Mittelanteile auf 60 % ÖPNV und 40 % kommunaler Straßenbau mittelfristig verschieben.



Quelle: Gila Hanssen / pixelio.de

Verbraucherschutz

Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit

Die Lebens- und Futtermittelskandale der jüngsten Zeit haben erneut bestätigt, dass das amtliche Kontrollsystem im gesundheitlichen Verbraucherschutz gestärkt werden muss. Die Personalkapazitäten des Landesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) werden deshalb beginnend ab dem Jahr 2014 in drei Stufen ausgebaut, um die Überwachung im Bereich der Lebensmittel, der Futtermittel, der Tierarzneimittel sowie im Ökologischen Landbau und im Tierschutz deutlich zu intensivieren. Im Haushaltsplanentwurf 2014 sind zu diesem Zweck 67,5 neue Vollzeitstellen (VZE) veranschlagt, die im Haushaltsjahr 2015 um weitere 60 VZE und im Jahr 2016 auf ein Gesamtkontingent von 183,5 VZE aufgestockt werden sollen.

Durch die zielgerichtete und konsequente Überarbeitung der bisherigen Gebührentatbestände, insbesondere die Einführung einer Gebührenerhebung für Regelkontrollen im Futtermittelbereich, wird die personelle Stärkung des LAVES refinanziert. Diese nachhaltige Stärkung des Verbraucherschutzes wird somit ohne zusätzliche Belastungen für den Landeshaushalt erreicht.

Ernährungsbezogene Verbraucherbildung und der wirtschaftliche Verbraucherschutz

Ab dem Schuljahr 2014 / 2015 steigt Niedersachsen in das EU-Schulobstprogramm ein, da sinnvolle und nachhaltige Verbraucheraufklärung bereits bei den Kindern beginnt. Im Haushaltsjahr 2014 sind für den Start des Programms rund 0,8 Mio. Euro veranschlagt. In den Folgejahren beträgt der Landesmittelbedarf für die Teilnahme an dem Programm jeweils knapp 1,2 Mio. Euro.

Die Zuständigkeit für die Finanzierung und Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen e.V. wird im Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz konzentriert. Neben einer Finanzhilfe in Höhe von 1,5 Mio. Euro jährlich aus der Glücksspielabgabe werden Haushaltsmittel für ergänzende Projektförderungen der Verbraucherzentrale in Höhe von 0,538 Mio. Euro pro Jahr veranschlagt. Damit wird die Rolle der Verbraucherzentrale dauerhaft gestärkt.

FDP-Finanzvorschläge: Ungedeckte Schecks und Phantasiezahlen

Die FDP-Finanzvorschläge für den Haushalt 2014 des Landes Niedersachsen benachteiligen Studenten aus einkommenschwachen Schichten und beinhalten einen weiteren planlosen Verkauf von Landesvermögen, kritisierte die SPD Abgeordnete Renate Geuter, finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion.

„Das FDP-Konzept für den Haushalt 2014 ist eine Luftnummer. Es ist unseriös, weil die FDP nicht darstellen kann, wie sie zu ihren Berechnungen kommt. Die Hälfte der sogenannten Gegenfinanzierung für die Vorschläge der Liberalen ist nicht nachvollziehbar und ein haushaltspolitisches Abenteuer, in das seriöse Rot-Grüne Finanzpolitik die Menschen in Niedersachsen ganz sicher nicht führen wird“, betont Renate Geuter.

Zum Vorwurf der FDP, das staatliche Baumanagement würde personell aufgestockt, erklärt Renate Geuter, dass auch diese Aussage unseriös sei. „Die Regierungsfractionen von SPD und Grünen und die Rot-Grüne Landesregierung haben im Sinne der Haushaltswahrheit und -klarheit zum ersten Mal die tatsächlich dort seit der schwarz-gelben Regierungszeit vorhandenen Stellen dargestellt.“ Das sei transparente und ehrliche Fiskalpolitik. „Allein dieses Beispiel macht deutlich, wie ungenau es die Liberalen mit der Haushaltswahrheit früher genommen haben und heute noch nehmen.“

Man wisse ebenso wenig, aus welchem schlechten Traum die FDP 900 Stellen nähme, die angeblich in der Landesverwaltung zusätzlich geschaffen seien. „Plakative Zahlen mögen öffentlich beeindruckend wirken. Nur sollten sie dann auch stimmen“, betont Geuter.

Endlich!: Neues Landesvergabegesetz sichert gerechte Löhne und fairen Wettbewerb

In der letzten Plenarsitzung des Niedersächsischen Landtag wurde das neue Niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz mit der Mehrheit der Rot-Grünen Regierungsfractionen beschlossen: „Mit diesem Gesetz sorgen wir dafür, dass Auftragnehmer öffentlicher Aufträge Tariflöhne bezahlen müssen und zu menschenwürdigen Bedingungen arbeiten. Angesichts zunehmender Verwerfungen am Arbeitsmarkt durch Dumpinglöhne, Werkverträge und Leiharbeit war dieser Paradigmenwechsel überfällig“, betont der SPD Landtagsabgeordnete Ronald Schminke, Experte für Tarifpolitik der SPD Landtagsfraktion. „Gute Arbeit zu anständigen Bedingungen und Tariftreue zählen endlich wieder in Niedersachsen. SPD und Grüne, die diesen Gesetzentwurf eingebracht hatten, beenden damit den unhaltbaren Zustand, dass ehrliche Anbieter zu Zeiten der abgewählten schwarz-gelben Landesregierung bei den öffentlichen Ausschreibungen zu Verlierern geworden sind.“

„Die Konkurrenz hat mit Niedriglöhnen bei den Aufträgen abkassiert. Damit ist jetzt Schluss“, bekräftigt Schminke mit Verweis auf die Vorbildfunktion und verstärkte Kontrollen und er macht deut-

lich: „Mit diesem Tariftreue- und Vergabegesetz werden Arbeitsplätze in der niedersächsischen Wirtschaft und insbesondere im mittelständischen Handwerk gesichert und neue Jobs geschaffen.“ Niedersachsen gehe damit deutschlandweit einen fortschrittlichen und sozialdemokratischen Weg. „Dafür haben die Menschen uns gewählt, das ist unser Auftrag und unsere Verpflichtung“, sagt der SPD Politiker.

Die wichtigsten Inhalte des neuen Tariftreue- und Vergabegesetzes:

1. Das Gesetz gilt vom 1. Januar 2014 an unbefristet.
2. Das Gesetz gilt bei allen öffentlichen Aufträgen ab 10.000 Euro.
3. Neben der Tariftreue wird mit dem Gesetz ein vergaberechtlicher Mindestlohn von 8,50 Euro eingeführt.
4. Der ÖPNV wird erstmals mit in den Geltungsbereich des Gesetzes einbezogen.
5. Ein paritätisch besetzter Beirat wird mit der Kontrolle der Vorgaben beauftragt.

Für solide Staatsfinanzen und Sparkonzept

Die rot-grüne Regierungskoalition übernimmt Verantwortung in finanziell schwierigen Zeiten. Sie stabilisiert die Chaos-Finanzen der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung und macht endlich Schluss mit der verantwortungslosen Schuldenpolitik von Schwarz-Gelb in Niedersachsen: „Auch das packen wir an – und machen es besser“, betont die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter.

Geuter führt aus: „Die Schuldenuhr des Bundes der Steuerzahler tickt noch im Rhythmus der alten Zeit – das werden wir konsequent und nachhaltig ändern. Die 60 Milliarden, die heute auf der Uhr stehen, haben wir geerbt. Es ist ein schwieriges Erbe, aber mit Disziplin und vernünftiger Fiskalpolitik werden die rot-grüne Regierungskoalition und die neue Landesregierung die Finanzen des Landes wieder auf eine solide Basis stellen. SPD und Grüne wollen die Schuldenbremse.

CDU und FDP hätten seit der Übernahme der Regierungsverantwortung 2003 bis zur Abwahl im Frühjahr 2013 nahezu 20 Milliarden Euro neue Schulden in Niedersachsen zu verantworten. „Wenn die heutige Opposition das vergessen hat, erinnern wir gerne daran. Unser Finanzminister Peter-Jürgen Schneider hat unter diesen schlechten Voraussetzungen verantwortungsbewusst einen soliden Haushalt aufgestellt. Die Regierungsfractionen agieren bei der Finanzplanung sparsam. Das sind gute Voraussetzungen, um die Schuldenbremse 2020 zu schaffen“, erläutert Geuter.



**SPD-Landtagsfraktion
Niedersachsen**

<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de>

ÖPNV wird in Niedersachsen nachhaltig verbessert Bahnstrecke Friesoythe – Cloppenburg in enger Auswahl

Aus insgesamt 82 Bahnstrecken in Niedersachsen, die zur Reaktivierung angemeldet waren, hat der zuständige Lenkungskreis der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG) jetzt 28 Strecken ausgewählt, die in den nächsten Wochen auf ihre Tauglichkeit hin untersucht werden. „SPD und Grüne wollen als Regierungsfractionen gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium den Schienenpersonennahverkehr im Land nachhaltig stärken. Dazu gehört auch, dass Strecken, die früher stillgelegt wurden, künftig wieder benutzt werden“, erläutert der verkehrspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Gerd Will.

„Zehn der 28 Strecken liegen im Nordwesten, im Bereich Weser-Ems. Dort war es der LNVG zu Zeiten der CDU/FDP-Landesregierung nicht gestattet, Streckenreaktivierung zu prüfen“, erklärt Gerd Will. Der verkehrspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion betont, dass in Weser-Ems in den vergangenen zehn Jahren erhebliche Chancen verpasst worden seien, die es jetzt zu nutzen gelte. „In Cloppenburg, im Osnabrücker Land und in Ostfriesland sehen wir für einige Strecken Potential, das wir nutzen wollen, um hier einen zukunftsfähigen ÖPNV im ländlichen Raum zu entwickeln.“



Quelle: Gabriele Panthaber / pixelio.de

Das Land Niedersachsen plant zudem Bahnhöfe zu reaktivieren. Hierfür ist ein Förderprogramm vorgesehen, dem Lenkungskreis sind diesbezüglich 36 Vorschläge zugegangen.

Umgang mit Wirtschaftsdünger muss unbürokratisch neu geregelt werden

„Die Ergebnisse der veröffentlichten Dokumentation über den Sachstand der Düngeproblematik in Niedersachsen bestätigen unsere Einschätzung“, erklärt der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Wiard Siebels, zum Nährstoffbericht der Landwirtschaftskammer Niedersachsen.

Die Dokumentation belegt, dass in einigen Regionen Niedersachsens die Gülleverbringung zur Gefahr für das Grundwasser geworden ist. Die SPD setzt sich daher für eine möglichst unbürokratische Lösung ein. Siebels betont: „Wir begrüßen das Vorhaben von Agrarminister Christian Meyer, sich um dieses komplexe Thema jetzt engagiert zu kümmern.“ Es sei deshalb erforderlich, das Management und die Kontrolle über die Verbringung des Wirtschaftsdüngers und der Gärreste neu zu regeln. „Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass Minister

Meyer dieses Vorhaben bereits in der Haushaltsplanaufstellung für 2014 mit insgesamt 300.000 Euro budgetiert habe“, betont der landwirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.



Quelle: Thomas Max Müller / pixelio.de

Grundwasser und Böden schützen – ein wirksames Düngemanagement in Niedersachsen einführen – Konsequenzen aus dem Nährstoffbericht 2012/2013 Rede von Renate Geuter am 31. Oktober 2013 im Niedersächsischen Landtag

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Grundwasservorkommen in Niedersachsen dienen nicht nur der Versorgung der Bevölkerung, sie haben vielfältige ökologische Funktionen im Wasserkreislauf. Unverzichtbar ist daher der besondere Schutz des Grundwassers vor Verunreinigungen. Das gibt uns auch die Europäische Wasserrahmenrichtlinie vor. Eine wesentliche Voraussetzung für diesen Grundwasserschutz ist gerade im Agrarland Niedersachsen die umweltgerechte Verwertung von organischen Nährstoffträgern wie Gülle, Gärreste und Mist.

...
Wir stellen fest, dass in einigen Landkreisen trotz der Verbringung in andere Landkreise oder Bundesländer - so zeigt es uns der Nährstoffbericht - die ordnungsrechtliche Obergrenze für Stickstoff von 170 kg je Hektar deutlich überschritten wird. Gerade in diesen Regionen stellen wir fest, dass sich - entgegen den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie

- die Werte im oberflächennahen Trinkwasser deutlich verschlechtert haben. Dies zeigt uns sehr deutlich, dass wir noch großen Handlungsbedarf im Hinblick auf weitere Maßnahmen haben.

Die Düngeverordnung, die ein wichtiges Rechtsinstrument für die Umsetzung der EU-Nitratrichtlinie ist, wird im Jahre 2014 angepasst werden müssen, weil die EU-Kommission die bisherigen Vorschläge der Bundesregierung abgelehnt hat. Wir wollen uns da intensiv mit einbringen.

Die Verbringung - so ist gesagt worden - ist zwar ein wichtiges Instrumentarium. Ich sage hier und heute aber auch sehr deutlich: Es gibt auch ökonomische und ökologische Grenzen für das, was verbracht werden kann.

...

Die komplette Rede zum Nachlesen: http://renate-geuter.de/imperia/md/content/bezirkweser-ems/gliederungen/mdlrenategeuter/reden/rede_31_10_2013.pdf

Ärztliche Versorgung gesichert – ländlicher Raum im Fokus



Quelle: Thommy Weiss / pixelio.de

Rot-Grün stellt im kommenden Haushaltsplan 600.000 Euro für weitere Gesundheitsregionen bereit. „Damit soll die Zukunft der ärztlichen Versorgung für alle in Niedersachsen – vor allem auch für die Patienten im ländlichen Raum – zukunftsicher organisiert werden“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Uwe Schwarz.

„Im Vordergrund der künftigen medizinischen Versorgung in Niedersachsen muss ein wohnortnahe, leistungsfähiges und vor allen Dingen sektorenübergreifendes Angebot an hausärztlicher und fachärztlicher Versorgung stehen“, betont Schwarz. „Die drei schon vorhandenen Gesundheitsregionen im Emsland, im Heidekreis und in Wolfenbüttel haben erste Ergebnisse ihrer Modelle vorgestellt, die vielversprechend sind“, erläutert der SPD-Gesundheitsexperte.

In der Vergangenheit, so Schwarz, habe Unterfinanzierung von Rehabilitation, die künstliche Trennung zwischen medizinisch ambulanter, stationärer und pflegerischer Versorgung zu Über-, Unter- und Fehlversorgung geführt. „Das ist ein Grund dafür, dass wir die Situation haben, in der zahlreiche vor allem kleinere Krankenhäuser in Niedersachsen heute unter schwierigsten Bedingungen arbeiten und zwei Drittel dieser Häuser von einer Insolvenz bedroht sind“, erklärt der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Es geht jetzt im nächsten Schritt mit dem bereitgestellten Budget um den Aus- und Aufbau weiterer Modelle, die später hoffentlich flächendeckend genutzt werden könnten. Der SPD-Gesundheitspolitiker Uwe Schwarz betont: „Der regionalen Kreativität sind keine Grenzen gesetzt. Seien es beispielhafte Kooperationen zwischen niedergelassenen Ärzten und Krankenhäusern, sei es die Ausweitung der Verlagerung nichtärztlicher Tätigkeiten auf nicht-ärztliches Fachpersonal oder die Vernetzung des ambulanten ärztlichen Bereitschaftsdienstes und des Rettungsdienstes – es gibt viele Möglichkeiten.“

Zum Vorwurf der CDU, Rot-Grün habe das Budget für die Unterstützung zur Gründung von Hausarztpraxen im ländlichen Raum gekürzt, erklärt Schwarz: „Wie so oft nimmt man es bei der Union mit der Wahrheit nicht so genau. Die Wahrheit ist in diesem Fall, dass die abgewählte Landesregierung dafür in ihren Haushaltsentwurf für 2014 keinen Euro mehr eingestellt hatte.“

Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ältestenrat
- Mitglied im Ausschuss Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss „Prüfung der Haushaltsrechnungen“
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl und Zustimmung nach Artikel 70 Abs. 2 der Verfassung
- Stellvertretende Vorsitzende der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Umbau der Förderschulen Sprache erst ab 2015



Quelle: Helene Souza / Pixelio.de

Die Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich darauf verständigt, die wesentlichen, in den Koalitionsvereinbarungen festgehaltenen Themen der Schulentwicklung im Rahmen einer umfassenden Überarbeitung des Niedersächsischen Schulgesetzes zu beraten, das zum Schuljahr 2015/16 in Kraft treten soll. „Das betrifft auch die Weiterentwicklung der gesetzlichen Regelungen zur Inklusion, zum Beispiel für die Förderschulen Sprache. In diesem Themenbereich, wie in vielen weiteren, sehen die Koalitionsfraktionen einen erheblichen Nachsteuerungsbedarf.

Deshalb werden die Förderschulen Sprache erst ab dem Schuljahr 2015/2016 schrittweise in das allgemeinbildende inklusive Schulsystem überführt. „Wir haben die Sorgen der Eltern, Lehrer und Schüler verstanden und geben deshalb ein Jahr mehr Zeit für den Beginn der Überführung. Hier geht Sorgfalt vor Eile“, sagt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Der Dialog mit den Betroffenen habe, wie in der Koalitionsvereinbarung beschrieben, eine große Bedeutung. Die Gesetzesberatungen sollen mit einem umfassenden Anhörungsverfahren verknüpft, die Umsetzung der Inklusion soll wissenschaftlich begleitet werden.

„Es geht um die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung in vollem Umfang“, betont Claus Peter Poppe. „Die Ziele im Schulbereich werden sämtlich weiter verfolgt, einschließlich des Schwerpunkts Inklusion. Wir geben aber den Schulen und den Schulträgern mit dem Zielzeitpunkt 2015/16 mehr Planungssicherheit und sorgen für ein realistisches Zeitfenster für einen vorbereitenden Dialog und umfangreiche Anhörungen.“

CDU mogelt bei Zahlen für Kompromiss mit Renten- versicherung

Renate Geuter kritisiert die jüngsten Äußerungen des CDU-Abgeordneten Hilbers zur Rentennachzahlung für Mitarbeiter an Ganztagschulen scharf: „Herr Hilbers setzt Zahlen und Behauptungen in die Welt, die für sich gesehen weit entfernt von der Wahrheit sind. Richtig ist, dass die Zahlen, die der Landesrechnungshof vor zwei Jahren genannt hat, schon damals nur einen Teil der Vorgänge betrafen. Was die CDU jetzt betreibt, ist Mogelei.“

Geuter sagt weiter: „Diese Last haben wir von der abgewählten CDU/FDP-Landesregierung übernommen. Die nachlässige Arbeit der CDU-Kultusminister und der fahrlässige Umgang mit den Beschäftigten an den Ganztagschulen hat erst dazu geführt, dass wir heute diesen Kompromiss machen müssen.“

Heute, so Geuter, lobte der Landesrechnungshof den Kompromiss von Kultusministerin Frauke Heiligenstadt im Streit um die Honorarverträge ausdrücklich als vorteilhaft.

Die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion klärt auf: „Die Deutsche Rentenversicherung darf schon rein rechtlich nicht auf die Berechnung von Säumniszuschlägen verzichten. Im Hinblick auf den Zeitraum, der der Berechnung der Säumniszuschläge zugrunde liegt, ist die DRV dem Land sogar noch entgegenkommen.“

Die Vertreter des Kultusministeriums erläuterten im Finanzausschuss haarklein, wie die 12 Millionen gegenfinanziert werden. „Da gibt es keine offenen Fragen oder Unwägbarkeiten, wie Herr Hilbers in der Öffentlichkeit suggerieren will“, so Renate Geuter.

Impressum

ViSdP:

Renate Geuter, MdL

Moorstr. 7

26169 Friesoythe

Telefon: 04491 4664

E-Mail: renategeuter@gmx.de

Homepage: www.renate-geuter.de